

Palästina ade!

von Reiner Bernstein¹

Die Vision eines souveränen und lebensfähigen Staates Palästina hat sich vorerst erledigt. Der Frieden zwischen beiden Völkern ist weiter denn je entfernt, denn der Krieg zwischen Israel und der Hisbollah hat für die schwer heilbare Beschädigung dieser Option gesorgt. Historiker werden einmal, wie schon im Hinblick auf den Junikrieg, darüber entscheiden, ob die Generäle und Kommandeure wieder einmal über die Politiker gesiegt haben. Eines jedoch steht schon heute fest: Der lang anhaltende Beschuss ihrer Städte und Dörfer wird die israelische Bevölkerung vor territorialen Konzessionen in der Westbank – von Jerusalem ganz zu schweigen – zu rückschrecken lassen. Die von der Hisbollah ausgelösten Feindseligkeiten an der libanesisch-israelischen Grenze versetzen den Palästinensern einen in seiner Bedeutung kaum zu überschätzenden schweren Schlag, vielleicht sogar den Todesstoß. Der Krieg in Libanon und Israel entblößt die internationale Nahostpolitik der vergangenen Jahre als gefährliche Träumerei.

International richten sich die Blicke längst nicht mehr auf Gaza, Nablus und Jenin mit den vielen Toten der letzten zwei Wochen. Da Condoleezza Rice eine sofortige israelisch-libanesischen Waffenruhe an Bedingungen knüpft, die nur langfristig zu erfüllen sind, werden die menschlichen Tragödien andauern. Der ausgeklügelte Versuch einer Zangenbewegung der Islamischen Widerstandsbewegung und der Hisbollah bestätigt jene Kreise in Israel, die nie an einen Ausgleich mit den Arabern geglaubt haben. Schon der Katjuscha-Beschuss der vergangenen Monate aus dem Norden des Gazastreifens sorgte als Beleg für dieses Negativurteil, und wenn es noch des definitiven Beweises bedurft hätte, dann hat ihnen die Hisbollah die endgültige Aufdeckung der wahren arabischen Pläne geliefert – die Vernichtung des Staates Israel.

Selbst Olmerts Konvergenzplan, der einem palästinensischen Staat nicht mehr als siebenzig Prozent der Westbank zugestehen wollte, hat sich erledigt. Dennoch wird der Ministerpräsident aus der jüngsten Konfrontation nicht geschwächt hervorgehen. Zum einen verfolgte er seinen Konvergenzplan nur widerwillig, zum anderen hat er dem Militär nach anfänglichem Zögern freie Hand gegeben – zum Schaden des demokratischen Prinzips vom Primat des Politischen. Für die terroristischen Strukturen der Hisbollah sind Verhandlungen a priori von Übel, bei Hamas deutete sich ein Umdenken an, das zumindest fürs erste wieder verschüttet ist. Am Schutz ihrer eigenen Bevölkerung besteht geringes Interesse.

Westliche Fehleinschätzungen und Versäumnisse im israelisch-palästinensischen Konflikt schlagen jetzt doppelt zurück. Obwohl er von zentraler Bedeutung für den gesamten Nahen Osten ist, haben es die Europäer an Entschlossenheit und Mut zu einer gemeinsamen Außenpolitik fehlen lassen. Sie hätte Ariel Sharon vom Unilateralismus abhalten müssen. Unverstanden blieb, dass die seit der Madrider Friedenskonferenz (Oktober 1991) zitierte Formel „Land für Frieden“ nach 1967 in Israel immer deutlicher dem Schlagwort „Frieden für Frieden“ gewichen war. Ja, das internationale „Quartett“ hat diese Logik insofern übernommen, als ihre „Road Map“ die Entstehung eines palästinensischen Staates an die Bedingung knüpfte, die Palästinenser müssten zuvor Gewalt und Terrorismus been-

¹ Der Beitrag erschien in der Homepage
www.hagalil.com/archiv/2006/07/palaestina.htm.

den. Die dann in Aussicht genommenen Verhandlungen für eine Friedensregelung wollte das „Quartett“ beiden Parteien überlassen, doch die wichtigen Entscheidungen fallen allein in Jerusalem, Rice hat diesen Vorbehalt in den letzten Tagen von Olmert mehr als deutlich hören müssen. Dem gönnerhaften Bekenntnis des Westens zur Zweistaatenlösung, das von der Vernachlässigung des Faktors der palästinensischen Unebenbürtigkeit begleitet war, fehlte der ernsthafte Wille, ihm politisch den Weg zu bahnen. Warum sollte die israelische Regierung plötzlich auf kritische Stimmen im In- und Ausland hören, die nach der Zweistaatenregelung rufen?

Statt dessen wird es für Israel fortan um die Sicherung der geostrategischen Stabilität in der Region zu seinem Vorteil gehen. Das fragile Konkordanzsystem Libanons ist ein für allemal zerbrochen. An einen Vertrag über die Zukunft der Golanhöhen ist nicht zu denken. Damaskus wird zwar versuchen, mittels seiner vielfältigen Einflussmöglichkeiten die Fäden in Beirut weiterzuspinnen, aber die Hisbollah an ihre Abhängigkeit erinnern, sollte sie einen allzu eigenwilligen Kurs einschlagen. Ansonsten wird sich das Baath-Regime trotz der Beherbergung von Khaled Meshal schwer von seiner Grundposition abbringen lassen, dass ein palästinensischer Staat im historischen Süd-Syrien überflüssig sei. Irak bedeutet für Israel keine Bedrohung, denn seine Bewegungsfreiheit tendiert unter der Last seiner ethnisch-religiösen Probleme, der ausländischen Besatzungstruppen und der bezahlten Söldner aus arabischen und islamischen Ländern gen Null. Iran hat sich mit Achmadinedjads wiederholter Leugnung der Shoah international isoliert und regional mit seinem Atomprogramm keine Freunde gemacht. Hier ist die internationale Diplomatie gefordert, Teheran zu einem Ausweg aus der selbstgewählten Isolierung zu verhelfen. Die allseitigen Bekundungen der politischen Solidarität mit den Palästinensern werden dem Drang weichen, das eigene Haus zu retten oder zumindest notdürftig in Ordnung zu halten.

Der Westen und allen voran die Europäer hätten gute Gründe gehabt, auf Regelungen des israelisch-palästinensischen Konflikts zu dringen. Im Nahen Osten zieht die Vogel-Strauß-Methode nicht. Der überhastete Einfall, Joschka Fischer auf eine Vermittlungstour zu schicken, deren Ausgang vorhersehbar wäre, unterstreicht einmal mehr die europäische Konzeptlosigkeit. Gleiches gilt für das Verlangen nach einer „kraftvollen Intervention“ mittels einer UN-Truppe, die auf ein US-amerikanisches Kontingent und auf die israelische Zustimmung angewiesen wäre. „Wir reden nicht über jeden Schritt und jedes Mittel, das Israel einsetzt, denn das wäre zwischen souveränen Staaten unangemessen“, hat Rice solche Wunschvorstellungen abgewiesen, nachdem Olmert seine Armee als die moralischste der Welt bezeichnet hatte. Da eine internationale Stationierung nicht in Sicht ist, dürfte Israel das Vakuum durch eine Sicherheitszone ausfüllen wollen. Damit wäre der Abzug vom Mai 2000 rückgängig gemacht; Israel stünde in der arabisch-islamischen Welt erneut im Ruf eines Besatzers.

Übrig bleibt der Vorwurf Fischers – der den ehemaligen Außenminister selbst freilich trifft, weil ihm die politische Durchsetzungskraft fehlte –, „die Dinge immer nur unter Krisenmanagement und ohne Lösungsstrategien zu sehen“. Die internationale Libanon-Konferenz in Rom war nur das jüngste Beispiel für das politische Elend. In der Zwischenzeit werden die Feindseligkeiten ob mit oder ohne eine groß angelegte israelische Bodenoffensive, der die libanesische Armee nichts entgegenzusetzen hätte, die Tagesordnung in der gesamten Region von Grund auf verändern. Ihr politisch schwächstes Glied sind die Palästinenser.